

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Die polnischen Wirtschaftsverhandlungen mit England und die Gestaltung der polnisch-englischen Zahlungsbilanz.
Wirtschaftliche Jahrbuchausgaben des Polener Gebietes.
Besserung der Lage der polnischen Handelsbilanz.
Der freiwirtschaftliche Arbeitsdienst in Polen.
Die Einschätzung der polnischen Warenexporte nach England.
Wau eines Holzschlags in Ostpreußen.
Maßnahmen der polnischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Korbiergebiet.

Die polnischen Wirtschaftsverhandlungen mit England und die Gestaltung der polnisch-englischen Zahlungsbilanz.

Nachdem bereits während des Aufenthalts der englischen Industriedelegation in Polen den englischen Wünschen nach Ausgleichung der seit jeher für Polen aktiven Handelsbilanz von polnischer Seite immer wieder die Forderung nach Wahrung des Aktivsaldo für Polen entgegengestellt wurde (vergl. den Bericht in 1034, Nr. 8-9, S. 37^{f.}), hat auch nach der Abreise der englischen Delegation die polnische Presse nicht aufgehört, diese Forderung zu verteidigen. („Kurierski Tygodnik” Nr. 83, 2. 4. 1934) u. a. hat dazu das maßgebende Organ der polnischen Regierung („Gazeta Polska”) in „Randbemerkungen zur polnisch-englischen Handelsbilanz“ erklärt:

Dem in der polnischen Statistik für 1933 ausgewiesenen Aktivsaldo von 3.432.000 £ (in der englischen Statistik 3.810.000 £, durch Zurechnung von Transportkosten usw.) stände aus dem Umsatz Polens mit den Dominien und Kolonien ein Passivsaldo von 115.000 £ gegenüber, jedoch im Gesamtbandel Polens mit dem britischen Imperium 1933 ein Aktivsaldo von nur 1.900.000 £ verblieben sei. Diesem Saldo stände aber als Passivposten der Schuldendienst Polens an England gegenüber, der — genau nicht festzulegen — im Jahre rund 50 Millionen Zloty (15 Millionen £) erfordere, dabei zeige sich infolge der erhöhten Arbeitslosigkeit Englands unmerkbar die Tendenz weiterer Erigerung. Polens Zahlungspflichten an England (für den Schuldendienst, für englische Transportleistungen, Handelsvermittlung usw.) seien normal nur aus dem Aktivsaldo der Handelsbilanz zu erfüllen, jedoch sich die Frage erbehe:

„Ist es . . . rationell, wenn von englischen Wirtschaftskreisen die Ansicht vertreten wird, man müsse — wenn nicht überhaupt Ausgleichung des Saldos . . . — doch mindestens seine ausgiebige Verminderung erstreben? Es scheint, daß im Interesse beider Länder dies weder geboten noch günstig wäre. Günstig dagegen wäre zweifellos das Streben nach Erweiterung der Handelsbeziehungen, nach beiderseitiger Intensivierung der Warenumsätze und besserer gegenseitiger Ausnutzung der Möglichkeiten beider Märkte.

Wenn also das Handelsabkommen . . . Grundlage einer engeren, lebendigeren Wirtschaftskooperation beider Länder sein soll, muß es vor allem anstreben . . . nicht durch Schaffung neuer Hemmnisse und Schwierigkeiten, sondern durch Beseitigung der vorhandenen Hindernisse und Schranken, auf Grund gegenseitiger Ergänzung der beiden Volkswirtschaften die Möglichkeit zur Intensivierung . . . des wirtschaftlichen Zusammenlebens der beiden Länder zu schaffen.“ („Gazeta Polska” Nr. 80, 27. 3. 1934.)

Zuserdem veröffentlichte die Zeitschrift des einflussreichen „Zentralverbandes der polnischen Industrie“ („Przeład Gospodarczy”) als Begründung dieser Forderung nach Erhaltung des Aktivsaldo für Polen einen recht ausführlichen Aufsatz über die Struktur der polnisch-englischen Zahlungsbilanz, worin nach Erwähnung der Unzulänglichkeit der Statistik für eine genaue Erfassung dieser Beziehungen (i. B. wesse die Statistik den Import australischer Baumwolle in dem Umsatz Polens mit Australien aus, während die Zahlung in London erfolgreich) ungefähr folgendes ausgeführt wird:

Eine Berechnung der Zahlungsbilanz Polens für 1930 habe folgende Summen für die englischen Forderungen an Polen ermittelt:

an den polnischen Staat	252,8 Mill. Zl.
„ die polnischen Kommunen	24,2 „ „
aus Obligationen und Pfandbriefen	42,5 „ „
„ Beteiligung an polnischen Unternehmen	103,0 „ „
„ englischen Niederlassungen in Polen	27,9 „ „
„ Barkrediten (Zuckerindustrie)	230,7 „ „
„ Bankkrediten	179,7 „ „
„ Handelskrediten	58,9 „ „
„ übrigen Krediten	2,4 „ „
	922,8 Mill. Zl.

Die Forderungen Polens an England in 1932 also dagegen seien wie folgt festgestellt worden:

Guthaben polnischer Banken (einschl. Bank Polska)	260,5 Mill. Zl.
Handelskredite	10,0 „ „
übrige Kredite	2,5 „ „
	282,0 Mill. Zl.

Die polnischen Verpflichtungen seien um einen Betrag von ca. 50 Millionen Zloty (für Kredite beim Warenimport Polens aus den britischen Dominien und Kolonien) zu erhöhen, dagegen die polnischen Forderungen um den Betrag der in obiger Summe enthaltenen Pfandguthaben in anderen Ländern. Es ständen also Verpflichtungen Polens in Höhe von 970 Millionen Zloty Forderungen von 200 bis 250 Millionen Zloty gegenüber.

In der Zeit von 1930-1933 seien diese Beträge durch verschiedene Kapitalrückzahlungen, vor allem aber durch den Pfandkurs erheblich zurückgegangen. Der Pfandkurs habe die englischen Forderungen erheblich herabgemindert: die Staatskredite auf 180 Millionen Zloty, die Kommunalkredite auf 16 Millionen Zloty, die Bankkredite auf 45 Millionen Zloty (September 1933). Die übrigen Kredite seien ebenfalls — jedoch weniger, auf 100 bis 150 Millionen Zloty gesunken, da die Kredite an die Zuckerindustrie usw. erhalten geblieben seien. Ferner sei der Rückgang der Kredithöhe zum Teil ausgeglichen worden durch die Verleihung des Warschauer Eisenbahnknotenpunkts (2 Millionen £).

Im gleichen Zeitraum seien die Pfandguthaben polnischer Banken von 35 auf 20 Millionen Zloty gesunken, die Bank Polska, die die Denken aus der Pfandguthabendeckung ausgegeben habe, habe von ihren Pfandguthaben in Höhe von 240 Millionen Zloty kaum etwas zurückgehalten. Somit dürften die polnischen Pfandguthaben heute 20 Millionen Zloty kaum überschreiten.

Ende des Jahres 1933 hätten also polnischen Verpflichtungen von 360-410 Millionen Zloty Forderungen Polens an England in Höhe von 25-30 Millionen Zloty gegenübergestanden.

Der wichtige Posten der polnischen Staatsschuld gegenüber England seien folgende Schulden aus den ersten Jahren nach der Wiedererrichtung Polens:

Ursprüngliche Höhe: Stand am 1. 1. 1934: (in 1000 £)		
Wiederaufbaukredite	4 778,7	4 006,8
Kriegsschuld	174,4	71,0
Abschmammungsschuld	604,6	508,7
Handlen-Page Ltd.	56,0	—
	5 613,7	4 676,5

Von den für Wirtschaftszwecke aufgenommenen Schulden des polnischen Staates sei der wichtige Posten der 1927 in London aufgelegte Teil der Stabilisierungsanleihe, von dessen ursprünglichen 2 Millionen £ gegenwärtig noch 1,5 Millionen £ im Umlauf seien.

Die Kommunal-schulden setzen sich aus nachstehenden Posten zusammen: Vorkriegsschuld der Stadt Warsa (deren Wert von 11 128 000 Zloty 1930 um mehr als 75 % reduziert worden sei) mit ca. 2,5 Millionen Zloty, sowie die von der „British Overseas Bank Ltd.“ übernommenen 7prozentigen Obligationen der Stadt Posen von 1928 (500 000 £).

Die Veräußerung aus Obligationen in letzter Höhe sei folgend zusammen: 7prozentige Goldpapiere der Staatlichen Wirtschaftsbank („Bank Gospodarstwa Krajowego“) 4,4 Millionen Zloty, 8prozentige Pfandbriefe der Bodenkreditgesellschaft Warschau ca. 580 000 £, Pfandbriefe der Kreditgesellschaft der polnischen Industrie ca. 120 000 £. — Von diesen Pfandbriefen sei in der letzten Zeit ein erheblicher Betrag nach Polen zurückgekehrt.

Von polnischen Industrie-Obligationen seien in England untergebracht worden: 8prozentige Obligationen der polnischen Radio-Wkt.-Ges. 227 500 £, 8prozentige Obligationen der „Elektr. Juchtabahnen A. O.“ Warschau 270 000 £, 8prozentige Obligationen der Elektr. Straßenbahnen des Dąbrowa-Reserens 100 000 £, 8prozentige Obligationen der Włocławer Manufaktur A. O. (1600 zur Ablösung von Vorkriegsobligationen ausgegeben) 30 000 £, dazu seien von den auf Rubel bzw. Pfunde laufenden Vorkriegsobligationen in England noch im Verkehr: 8prozentige (vor dem Kriege 8prozentige) Obligationen der Textil-A. O. W. Silberstein-Lódz, 8prozentige Obligationen der Textil-A. O. Worsztylec, 8prozentige Obligationen der Textilmanufaktur A. O. Leonhardt, Włocławer u. Gebhardt, Lódz.

Während der Wert der englischen Unternehmen in Polen mit 27,9 Millionen Zloty sich auf nur drei Firmen verteilte, sei das in der polnischen Industrie arbeitende englische Kapital von 103,9 Millionen Zloty in 62 Unternehmungen angelegt.

„Der Dispositionsbereich des britischen Kapitals übersteigt jedoch den Wert des eingebrachten Kapitals, und zwar dank der Zusammenarbeit mit dem schwächeren inländischen Kapital, sowie dank der Konzernbindungen innerhalb des polnischen Wirtschaftsorganismus. Das britische Kapital in Polen besitzt zwar nicht so starke Anhängungen wie das amerikanische, deutsche, französische oder belgische Kapital, aber es bildet verschiedene kleinere, in vielen Branchen verstreute Zentren.“

Zu den größeren Ansammlungen gehören die Beteiligungen der „Utilities Corporation Ltd.“, die zusammen mit der „Société Belgo-Polonaise de Force et de Traction Electrique“ („Sobelpol“) und der von letzterer abhängigen polnischen Holding-Gesellschaft „Sila i Smiatlo“ A. O. aufträte. Die Utilities Corp. sei dadurch an fünf Firmen der Elektro-Wirtschaft (Oranbuchkapital und Reserven 28,5 Millionen Zloty) mit 28 % beteiligt, von dem restlichen Kapital übernimmt die „Sobelpol“ (an der die Utilities Corporation wiederum beteiligt ist) weitere 50 %. Durch die „Sobelpol“ reichen die Einflüsse der Utilities Corporation noch zu sechs anderen Unternehmungen der polnischen Elektro-Wirtschaft (Oranbuchkapital und Reserven 18,7 Millionen Zloty Ende 1932). Dazu habe die Utilities Corporation, ohne sich zu beteiligen, bis Ende 1930 rund 31 Millionen Zloty Kredite gewährt (19 Millionen Zloty gebekht durch Obligationen mit Staatsbürgschaft).

Nam weniger wichtig für die polnische Wirtschaft sei der englische Margarinekonzern Unilever, der in Polen durch die „Fettindustrie Schick-Lever A. O.“ (Oranbuchkapital 10 Millionen Zloty, Reserven 5,5 Millionen Zloty) vertreten sei.

Zu diesem Konzern gehören noch vier weitere Unternehmen der polnischen Fettindustrie (Kapital 9,6 Millionen Zloty), darunter auch die „Fett- und Olwerke Union A. O.“ in Odgingen.

In der Textilindustrie sei die wichtige Gruppierung der Konzern der Firma Francis Willey Ltd., London, der mit 60 % an vier Unternehmen (Kapital 29 Millionen Zloty) beteiligt sei. Ein zweiter Konzern unter englischer Führung (20 % Beteiligung) umfasse drei Unternehmungen mit 19 Millionen Zloty Kapital. Dazu komme die von der Fa. Wilkinson Ltd., Bradford geführte Gruppe von drei kleineren Firmen (Kapital 1,8 Millionen Zloty englischer Anteil 70 %), die den Import von Textil- und Kolonialwaren nach Polen betreiben.

Endlich arbeite englisches Kapital noch in 34 Unternehmungen ohne Konzernbindung, von deren Kapital (174 Millionen Zloty) Ende 1932 rund 41 % in englischer Hand gewesen seien.

Ferner sei englisches Kapital an folgenden Banken beteiligt (vegl. 1934, Nr. 10*): Bank Angielsko-Polski (54 % Die Overseas Bank Ltd., London), Bank Handlowy-Warschau (5,6 % Hambros Bank-London), Powszednio Bank Depozytowy-Warschau (90 % Johnson Matthey Ltd., London), Lódzki Bank Depozytowy (52 % Jewish Colonial Trust Ltd., London), Bank Dwostanow-Warschau (2 % Caquot Brothers-London), sowie in zwei anderen, gegenwärtig in Liquidation befindlichen Banken.

Für die Beteiligung englischer Kapitalien wird folgende Übersicht (1930) gegeben:

	Zahl der Unternehmen	Höhe des englischen Anteils
Raphtha-Industrie	3	1,0
Metall-Industrie	2	0,4
Maschinen- und Elektro-Industrie	3	4,1
Chemische Industrie	5	18,1
Textilindustrie	12	25,3
Holzindustrie	4	1,5
Zuckerindustrie	2	5,3
Lebensmittelindustrie	2	5,9
Seidenindustrie	4	1,0
Elektrizitätswerke	3	7,4
Handel	8	4,9
Privatebanken	7	10,2
Bank Polski	1	9,8
Verkehr, Telefon	4	6,9
übrige	2	2,1
	62	103,9 Mill. Zl.

Das englische Kapital sei in Polen flüchtiger als Kreditgeber denn als Teilhaber tätig, gegenüber den Beteiligungen in Höhe von 103,9 Millionen Zloty seien Ende 1930 Kredite von 230,7 Millionen Zloty erteilt worden, Ende 1929 sogar von 265,1 Millionen Zloty. Da sich in der Zwischenzeit wohl nur die Höhe, nicht aber die Psychonomie dieser Kredite geändert habe, seien — in Ermangelung späterer Daten — die damals erteilten Zahlen über ihre Verteilung noch heute maßgeblich. Es seien festgehalten worden:

Kredite an die Zuckerindustrie	127,0 Mill. Zl.
„ „ „ Textilindustrie	35,5 „ „
„ „ „ Hüttenindustrie	25,3 „ „
„ „ „ Holzindustrie	14,6 „ „
„ „ „ Lebensmittelindustrie	11,3 „ „
„ „ „ übrigen Industrien	21,4 „ „

295,1 Mill. Zl.

Die Einnahmen Englands aus seinen Kapitalanlagen in Polen seien für 1929 auf 48,4 Millionen Zloty, für 1930 auf 50,2 Millionen Zloty erteilt worden, sie hätten sich folgendermaßen auf die einzelnen Anlagen verteilt:

Staatskredite	15,0 Mill. Zl.
Kommunalkredite	1,5 „ „
Obligationen, Pfandbriefe	2,8 „ „
Englische Unternehmen in Polen	0,0 „ „
Dividenden, Zinskzinsen	3,2 „ „
Barkredite	14,9 „ „
Handelskredite	2,4 „ „
Bankzinsen und -provisionen	10,1 „ „

50,2 Mill. Zl.

Ein zweiter Teil der Abhandlung, der die Zahlungsumfänge zwischen Polen und England untersucht, bietet zunächst die Statistik des polnisch-englischen Handels (Millionen Zloty):

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1924	190	229	+ 39
1928	315	227	- 86
1929	285	288	+ 23
1930	178	294	+ 116
1931	104	318	+ 214
1932	75	178	+ 103
1933	85	185	+ 102

Da diese Statistik nicht die Umsätze Polens mit den Dominien und Kolonien erfasst, sei sie durch folgende Darstellung der Umsätze mit den wichtigsten Gebieten des Imperiums (Ceylon, Westlich Indien, afrikanische und ozeanische Besitzungen) zu ergänzen:

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1929	151	9	- 142
1930	117	13	- 104
1931	98	9	- 87
1932	60	14	- 49
31. Nov. 1933	64	8	- 56

Ferner werden Polens Umsätze mit Mittel- und Südamerika 1929-1933 hinzugefügt, da England - mit großem Nutzen - eine wichtige Vermittlerrolle in diesem Handel spielte.

„Jedenfalls... gestaltete sich in den Jahren 1929 und 1930 der wahre Saldo der polnisch-britischen Handelsumsätze (für Polen) passiv, nicht aktiv - wie es die auf Grund des Ursprungslandes (bzw. des Bestimmungslandes...) aufgestellte Statistik ausweist.“

Bei Beachtung dieser Korrektur könne man folgende polnisch-britische Zahlungsbilanz (in Millionen Zloty) - wegen des Fehlens neuerer Daten für 1929 und 1930 - aufstellen:

	1929		1930	
	Eingang	Ausgang	Eingang	Ausgang
I. Gold	-	5,9	26,0	17,4
II. Waren (einschl. Silber)	288,3	278,7	204,4	104,0
III. Dienstleistungen	6,4	7,6	14,1	17,1
IV. Kapitalerträge	6,6	48,4	9,5	50,2
V. Kapitalüberbehr*	271,1	281,9	232,3	208,5
	572,4	622,5	576,3	575,2

*) Hierfür Sonderstatistik!

In dieser Statistik wird bemerkt: Vermehrte man die Ausgabenseite um hundert und einige zehn Millionen für die englische Handelsvermittlung, so zeige sich ein

„erhebliches Überwiegen der Auszahlungen. Dieses Ergebnis ist ganz logisch, da Großbritannien gegenüber Polen nicht nur mit erheblichen Beträgen Gläubiger ist... sondern außerdem im Waren- und Kapitalhandel der wichtigste Vermittler ist.“

Angaben für die Entwicklung der Zahlungsbilanz in den nächsten Jahren seien, mit Ausnahme der Außenhandelsstatistik, nicht vorhanden. Es sei anzunehmen, daß unter Berücksichtigung des Minuspostens aus der englischen Handelsvermittlung stets ein - in weit geringerem Maße - aktiver Handelsaldo für Polen verblieben sei.

Besüglich der übrigen Posten der Zahlungsbilanz sei festzustellen: die englischen Kapitalerträge seien erheblich gesunken. Infolge der Zahlungseinstellung für die zwischenstaatlichen Schulden sowie des Pfundsturzes betragen die Zinsen der Staatskredite 1933 nur noch 3,5 Millionen Zloty gegenüber 15 Millionen Zloty im Jahre 1930, ähnlich seien die Dividenden gefallen. Nur die Kreditzinsen und Zantzinsen spielten wohl noch eine bedeutendere Rolle. Insgesamt dürften 1933 die Erträge der englischen Kapitalanlagen in Polen 20 Millionen Zloty (gegen 50,2 Millionen Zloty 1930) nicht überschritten haben. Erträge aus polnischen Outbans in England seien wohl überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen.

Endlich sei für den Kapitalverkehr festzustellen:

„Die Zurückziehung der Bankkredite, die besonders 1931 sehr stark war und Polen zwang, die Ausfuhrüberschüsse mit 200 Millionen Zloty in Großbritannien zu lassen, hörte 1933 auf, eine Rolle zu spielen. Es verblieben nur die Kredite für die Zuckerindustrie sowie geringere Kredite und Kapitalien, die u. a. die Holz-, Bacon- und Elektro-Industrie sowie einen Teil der polnischen Ein- und Ausfuhr finanzieren. Wegen des Fehlens von Angaben können wir diese Beträge nicht schätzen, doch übersteigen die Rückzahlungen älterer Verpflichtungen um einige zehn Millionen Zloty den Zustrom neuer Kredite...“

Der Überschub der Warenausfuhr ist also notwendig - nicht nur für Polen, damit es die Amortisierung und Auszahlung der Kapitalerträge vornehmen kann, sondern auch für Großbritannien, damit es seine Forderungen von Polen erhalten kann. Der Überschub der Kapital- und Zinszahlungen ist eine Erscheinung von Dauer; sie wird so lange andauern, als wir nicht aufhören, die Dienste des britischen Kapitals zu nutzen bzw. der Zustrom neuer Kapitalien aus Großbritannien nicht die Amortisationsraten und Kapitalerträge übersteigt...“

[„Przeegląd Gospodarczy“ Nr. 7 (I, 4, 1934), S. 275-278.]

Wirtschaftliche Zukunftsaussichten des Posener Gebietes.

Der „Kurzer Pożnański“ (nationaldemokratische Opposition) bringt hierzu zwei beachtliche Aufsätze, deren erster zur Begründung der späteren Vorschläge über die Entwicklungsbedingungen der Posener Wirtschaft u. a. folgendes anspricht:

„I. Die hiesige Landwirtschaft erlebt eine schwere - nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle - Krise. Infolge der Unifizierung... muß Großpolen mit einer Landwirtschaft zusammenleben, die auf weit niedrigerem Wirtschaftsniveau steht. Durch die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze müßte die Unifizierung der hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsstufe verschiedenen Teilgebiete... natürlich eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden in Großpolen (= Posen) zeitigen. Diese, übrigens allgemein bekannte, Erscheinung findet ihren gefährdrohenden Ausdruck in den folgenden beiden, der Statistik der Posener Landwirtschaftskammer entnommen Zahlen: die Geldausgaben pro ha Nutzfläche sind von 1928-1929 bis zum letzten Wirtschaftsjahre bei künstlichen Düngemitteln um 73,5%, bei landwirtschaftlichen Maschinen um - 98,8% gefallen.“

Diesem Sturz der Ausgaben für produktive Zwecke steht ein Sturz der Einnahmen gegenüber. Die Ansicht, daß die westlichen Gebiete die höchsten Inlandspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse genießen, ist falsch. Nur gewisse Artikel, deren Inlandspreise sich auf Grund der Exportpreise gestalten, diskontieren - und zwar nur zu gewissen Zeiten - die Nähe des Aushufortes. Meistens ist aber an den Börsen, die in der Nähe der Hauptzentren des Inlandsverbrauchs liegen, wie Warschau, Krakau, Kattowitz oder Łódź, eine höhere Preisnotierung festzustellen.

Fügen wir diesen Beobachtungen noch die Tatsache hinzu, daß die Posener Landwirtschaft die höchsten Steuer-, Sozial- und Kreditlasten trägt, so erhalten wir ein vollständiges Bild von der Lage unseres Dorfes. Das großpolnische (= Posener) Dorf hat einen immer stärkeren Niedergang erfahren.

II. Unsere Industrie, die - vorwiegend nach dem Kriege - durch die Anstrengungen der ganzen Bevölkerung (durch Ankauf von Industrie-Aktien und Festlegung der Bankkapitalien in Fabrikunternehmen) in finanzieller Hinsicht durchweg „blutarm“ ist, besitzt - in struktureller Hinsicht - schlechtere Standorte. Die Nähe der deutschen Grenze ist der Grund dafür, daß Fabriken, die von Bedeutung für die Landesverteidigung sind (und was hat heute nicht Bedeutung für das Heer?), Großpolen bei der Ortswahl übergehen und die in unserem Gebiet bestehenden Unternehmungen der Schwerindustrie in Ungewißheit über das Morzen arbeiten. Die Parole der Landesverteidigung ist ein kategorischer Imperativ, dem man nichts entgegenstellen kann. Daher müssen wir mit

der Tatsache rechnen, daß der Industrialisierung Großpolens wegen der großen Nähe Deutschlands recht enge Grenzen gezogen sind.

III. Der große und bedeutende Handel entsteht nicht in Posen, der größten und am weitesten nach Westen vorgeschobenen Stadt Polens, sondern in Gdingen, Unsere gesamte Handels- und Tarifpolitik ist auf diesen Brennpunkt unserer Nationalwirtschaft, den Gdingen bildet, eingestellt. Große Handelsunternehmen zu gründen, lohnt sich in Warschau — wegen der Nähe der Zentralbehörden . . . oder in Gdingen, das mit verschiedenen Privilegien, Erleichterungen und Bequemlichkeiten, sowie dem Zugang zu dem billigsten Verkehrsmittel . . . der Seeschiffahrt, ausgestattet ist.

Zusammenfassend stellen wir fest, daß Großpolens wirtschaftliche Zukunft sich . . . nicht zu Licht darstellt. Die Extensivierung der Landwirtschaft, die Beschränktheit der Industrialisierungsmöglichkeiten, sowie die Flucht des Handels nach der Hauptstadt und Gdingen — das sind drei Tatsachen, die man sich, sind sie auch unangenehm, besser klar und deutlich vergegenwärtigen muß . . . („Kurjer Pożnański“ Nr. 143, 30. 3. 1934.)

Was müßte nun die Posener Wirtschaft unternehmen, um trotz dieser Entwicklungstendenzen einigermaßen ihren bisherigen Stand zu bewahren? Diese Frage wird in dem zweiten Aufsatze folgendermaßen beantwortet:

„Der Großpole (= Posener) ist als guter Arbeiter bekannt und geschätzt, Gewissenhaft, redlich, arbeitsam, diszipliniert und genau, ist er ein wertvoller Wirtschaftsfaktor. Aber neben seinen Vorzügen und Werten zeigt er auch Mängel und Fehler. Man wirft uns — wie es scheint, nicht ohne Berechtigung — eine gewisse Schwerfälligkeit, schwache Initiative und Abneigung gegen Wanderungen vor. Der Posener liebt es nicht, die alten Bahnen zu verlassen, neue Gebiete zu entdecken. Er ist z. B. gegenüber seinen Brüdern aus Kongreßpolen weit weniger flink in seinen Unternehmungen; das kommt z. B. zum Ausdruck in der erwähnten Abneigung, in die Gebiete östlich des ehemaligen Grenzkordons der Vorkriegszeit auszuwandern . . .“

Um diese Mängel durch Anregung zu kühnerer Initiative zu beseitigen, müßte man

„den wertvollen Trumpf ausspielen, den die Posener „von Geburt“ besitzen: die Tatsache ihrer Diszipliniertheit, d. h. ihrer Fähigkeit, Kollektivunternehmen zu verwirklichen. Der Posener ist ein vorzügliches Organisationsobjekt; er weiß in Reih und Glied zu marschieren, die ihm gezeigte Position einzunehmen und zu halten. Auf dieser seiner Fähigkeit müßte man ein Sprungbrett bauen, das den östlichen Gebieten Polens, die die Unifizierung mit — Posen brauchen, zugewandt wäre. Wir sind der Ansicht, daß die Entjudung Polens und die Hebung seines Wirtschaftsniveaus sich nicht ohne Beteiligung der Großpolen und ihrer systematischen, soliden Armeiarbeit an dieser Aktion vollziehen kann. Um aber . . . dieser Aufgabe gewachsen zu sein, muß der Großpole nicht nur seine alten Vorzüge bewahren, sondern auch neue, ihm bisher fehlende, erwerben.

Wir bilden eine zahlreiche Jugend auf wirtschaftlichem Gebiet theoretisch und praktisch aus. Der Überschuß dieser Jugend muß einen Ausweg nach Osten finden.

Eine wichtige Rolle muß hier unser Bankwesen spielen. Wir begehen wohl keinen Fehler, wenn wir mit Bedauern feststellen, daß es — teils aus eigenem, teils aus fremdem Verschulden — seine Bedeutung in den letzten Jahren verloren hat. Das westpolnische Bankwesen kann man in seinem heutigen Stande nicht als vollwertigen Faktor der Wirtschaftsexpansion Großpolens ansehen. Hier muß vieles geändert werden . . .

Bezüglich der Leitsätze für die einzelnen Wirtschaftszweige ist vor allem zu betonen, daß die Landwirtschaft dem Prozeß der Extensivierung aufs stärkste entgegenarbeiten muß, und zwar durch: 1. Differenzierung der Produktion, 2. Anpassung der Produktion an die Ansprüche der ausländischen Absatzmärkte. Ist doch zu bedenken, daß Westpolen aus verschiedenen Gründen, vor allem wegen der Nähe der Grenze sowie des Meeres, schon heute den größten Teil der landwirtschaftlichen Ausfuhr liefert und sich daher künftig auch auf diese Richtung spezialisieren muß.

Bei der Industrieproduktion treten an erste Stelle die landwirtschaftliche und die Lebensmittelindustrie, sowie die für die Bedürfnisse der Landwirtschaft arbeitende Industrie. Diese Zweige der Fabrikproduktion besitzen in Großpolen natürliche Entwicklungsbedingungen und müssen seitens der kompetenten öffentlichen Faktoren besonders pflegliche Förderung erfahren . . . z. B. (bei der) Tarifpolitik . . . Ferner muß unser Gebiet gewissermaßen eine „Pflanzstätte“ der Kleinindustrie und des Handwerks — der Erwerbszweige, die ein Maximum solider Einzelarbeit fördern — sein . . .

Und schließlich der Handel! Wir haben schon mehrfach betont, daß die „kaufmännische Ausrüstung“ Posens unzulänglich ist. Es gibt bei uns überbesetzte Handelsgebiete, aber auch ungenügend organisierte Zweige. Ferner fehlen uns Kühllagen, Markthallen, Spezialbüros, Warenpfandlager u. v. a. zu einer leistungsfähigen Marktorganisation, Posen ist zwar eine Messestadt und rühmt sich seiner Messen, wir haben aber den Eindruck, daß es kaufmännisch nicht auf der Höhe seiner Aufgabe steht, zu wenig Energie nach außen zeigt. Wir müssen uns von dem lokalen Markt losreißen! (Beweis für das Fehlen weiterer Horizonte bei unsern Unternehmern ist die „Krankheit“, immer neue Cafés, Restaurants usw. zu gründen, statt Anlagen in anderen Unternehmungskreisen zu suchen) . . .

[„Kurjer Pożnański“ Nr. 147, 1. 4. 1934.]

Ähnliche Ansichten werden auch von anderen „Presse-Organen der Nationaldemokratie vertreten, z. B. bringt die wichtigste Zeitschrift dieser politischen Richtung („Mosi Narodowa“) hierzu einen Aufsatz folgenden Inhalts:

„Immer häufiger kommen Nachrichten aus Großpolen und Pommern, daß das jüdische Element eindringt und die von Polen infolge der Krise verlassenen Handels- und Handwerksbetriebe besetzt. In den letzten Wochen meldeten Posener Blätter sogar, daß in der Hauptstadt Großpolens eine von Zwanzemigranten aus Deutschland organisierte „Jüdische Bank“ entstanden sei. Das jüdische Kapital beherrscht ferner . . . Wirtschaftsbetriebe durch Polen, die ihm als Stromhändler dienen. Der jüdische Andrang hat Plancharakter und . . . verstärkt sich seit 1926 immer mehr. Denn von dieser Zeit treffen die Juden bei Ausführung ihres Planes nicht mehr auf Behinderungen seitens der Verwaltung, ja die Verwaltung tritt sogar immer häufiger zur Verteidigung der Juden ein, wenn die polnische Bevölkerung zur Abwehr gegen die jüdische Flut schreitet. Diese Ohnmacht macht die Juden frech, verlettet sie sehr oft zu aufreißendem Benehmen.

Zum Glück sind die Polen Großpolens und Pommerns Anhänger des nationalen Lagers, dazu weisen die Presse und sämtliche Organisationszellen unserer Richtung unermüdlich auf die jüdische Gefahr hin. Das polnische Bürgertum der Westgebiete ist der Folgen der jüdischen Flut eingedenk, verteidigt sich dagegen mit allen Mitteln. Diese Verteidigung hat nicht nur lokale, sondern auch allgemein nationale Bedeutung. Denn alle, die die Bedeutung der Judenfrage in Polen richtig erkennen, wissen, daß die Existenz eines geschlossenen Gebietes ohne Juden im polnischen Staat eine ungeheure Rolle bei der Lösung der Judenfrage in ganz Polen spielen kann. Hier kann man sich nicht nur gegen die jüdische Flut wehren, sondern auch sich organisatorisch zum planmäßigen Kampf mit den Juden in allen Teilen Polens vorbereiten. Der Angriff ist stets die beste Verteidigung, überhaupt kann man sich auf längere Sicht nicht vor-

stellen, daß die Städte Großpolens und Pommerellens sich gegen die Juden verteidigen, während sie in anderen Teilen Polens die übermächtigen Herren des Wirtschaftslebens sein werden.

Das haben die Führer der nationalen Bewegung in Großpolen . . . seit langem begriffen. In Großpolen und Pommerellen hat das polnische Bürgertum die Juden und — schon zu polnischer Zeit . . . auch die Deutschen verdrängt. Die Bedingungen waren günstig, aber ihre geschickte Ausnutzung und die Schaffung eines entsprechenden Wirtschafts- und Organisationsystems, das ganze Scharen von Kaufleuten, Handwerkern und Unternehmern herabgebildet, waren das Verdienst der Großpolen und Pommereller. Den Polonisierungsprozeß . . . beschleunigte die Entstehung des unabhängigen polnischen Staates: Polen aus Westdeutschland . . . nahmen nach Deutschen und Juden die Betriebe ein. Ferner halfen bei dieser Kolonisation Volksgenossen aus Amerika und allen Teilgebieten Polens.

In sehr kurzer Zeit nach der Wiedererrichtung Polens wurde festgesetzt, daß in Großpolen und Pommerellen ein Überschuß an Kaufleuten und Handwerkern entstanden war. Gefördert wurde dieser Prozeß durch die Inflation, die die Warennachfrage ungeheuer steigerte . . . Bei der Währungsstabilisierung zeigte sich . . . ein Überschuß an Kaufleuten, und zwar in jeder Branche . . . Damals entstand in den politischen Kreisen, in den Organisationen der Kaufleute und Handwerker der Plan einer städtischen Kolonisierung Kongroßpolens und der übrigen Teilgebiete Polens durch das westpolnische Bürgertum. Es entstanden entsprechende Abteilungen bei der Vereinigung (zur Bekämpfung der Juden) „Rozwój“ in Posen. Aus verschiedenen Teilen Polens forderte man Entsendung von Kaufleuten, Handwerkern, Unternehmern, Vermittlern . . . Einige wenige Großpolen und Pommereller gingen im Sinne dieser Aktion bis nach den Ostseewirtschaften. Allerdings nicht viele, und von den wenigen sind einige noch zurückgekehrt. Die Aktion hat keine größeren Erfolge gebracht und ist gewissermaßen abgebrochen worden.

Weshalb hat diese bedeutungsvolle Aktion einen so ungünstigen Verlauf genommen? Das bewirkten verschiedene Faktoren: vor allem die Gewohnheiten und Anlagen der Großpolen und Pommereller. Sie leben in relativ geregelten Wirtschaft- und Rechtsbedingungen, fühlen sich dabei stark in der Menze . . . wenn sie Schulter an Schulter stehen. Sie haben sich schon gänzlich an ihre Bank- und Kreditapparat gewöhnt. Im Einzelkampfe, von der Menze getrennt, verlieren sie ihre Sicherheit. Auch wollte ein erheblicher Teil deshalb nicht nach dem Osten gehen, weil sie schon an die höhere materielle Zivilisation gewöhnt sind; die besseren und schöneren Wohnungen, Wasserleitung, Kanalisation und Reinlichkeit der Städte Westpolens hielten sie fest, ob auch ihr Erwerb zurückging. Der Osten Polens war für sie eine andere, in ihren Augen in mancher Hinsicht niedrigere Welt; das schreckte sie ab, vernichtete die besten Pläne und Absichten.

Die Wirtschaftskrise hat aber derartige Bedingungen geschaffen, daß das Bürgertum Großpolens und Pommerellens gezwungen sein wird, in andern Teilgebieten Polens sein Brot zu suchen, zumal neue Jahrgänge hinzugekommen sind. Die Notwendigkeit . . . ist oft der Schöpfer großer Dinge, das sind wir hier Zeugen. Immer häufiger ziehen Kaufleute aus Großpolen und Pommerellen nach Städten und Kleinstädten Zentral- und Ostpolens, sogar nach Warschau. Sie bringen kaufmännisches oder handwerkliches Fachwissen, sogar etwas Kapital mit. Diese Wellen von Westen nach Osten kann eine große Rolle spielen, wenn man sie in geeignete Organisationsformen zu fassen versteht. Die Kolonisten aus dem Westen müssen das Gebiet, auf dem sie arbeiten wollen, kennenlernen; ohne Kenntnis der örtlichen Bedingungen können sie leicht der jüdischen Konkurrenz, die ihnen alle Fallen stellen wird, er-

liegen. Trotzdem können die Großpolen und Pommereller nicht nur polnische Wirtschaftsbetriebe schaffen, sondern auch Scharen von Kaufleuten aus den umliegenden Dörfern heranziehen . . . Zum einen wie anderen ist entsprechende Organisation unmögl. Leider ist festzustellen, daß wir gegenwärtig für diese Welle eine systematische Aktion und bewußte Organisation nicht besitzen, denn jede solche Arbeit trifft auf ungeheure Schwierigkeiten seitens der Faktoren, die sie unterstützen sollten.

Trotz aller Schwierigkeiten muß dieser Zug von Westen nach Osten, diese Expansion des polnischen Bürgertums von Großpolen und Pommerellen passende Formen . . . finden. Bevor die Bedingungen entstehen für die Schaffung einer großen Finanz- und Wirtschaftsorganisation, die diesen Strom in ein entsprechendes Bett lenkt, bevor eine Regierung zur Macht kommt, die durch ihre Politik bewußt zur Schaffung eines polnischen Bürgertums und Verdrängung der Juden beiträge, müssen die nationalen Organisationen Ausschüsse oder Sektionen organisieren, die sich mit der Sammlung einschlägiger Informationen aus allen Teilen Polens betassen und diesen städtischen Zentren polnische Kaufleute und Handwerker zuleiten würden. Ferner ist eine Gruppe von Fachleuten zu organisieren, die die Reflektanten über die jüdischen Methoden und — mindestens in ganz allgemeinen Zügen — die örtlichen Bedingungen unterrichten würden.

Einer solchen Aktion sind gegenwärtig die Bedingungen günstig: die Übervölkerung des Dorfes, die Überzahl des Bürgertums in Großpolen und Pommerellen, endlich aber die Weltkrise des Judentums . . . das die Juden in Polen nicht mehr in der bisherigen Weise unterstützen kann.*

[„Mysł Narodowa“ Nr. 16 (15. 4. 1934), S. 225—226.]

Besserung der Lage der polnischen Handelschiffahrt.

Die Wiederaufnahme der Dampfschiffahrt durch die staatliche Schiffahrtsgesellschaft Polens („Zeglowna Polska“, zunächst mit zwei Schiffen, denen eventuell weitere folgen sollen), „Lufstromang Kurjer Cadyjanni“ Nr. 96, 8. 4. 1934) ist für das maßgebende Organ der polnischen Regierungspresse („Gazeta Polska“) ein weiterer Beweis der Besserung in der Lage dieses für Polen so wichtigen Wirtschaftszweiges. Daß die schweren Folgen der Wirtschaftskrise von der jungen polnischen Flotte in so erheblichem Maße überunden worden seien, sei zurückzuführen auf: 1. die Senkung der Betriebskosten durch Herabsetzung der überlegenen Löhne (vergl. 1934, Nr. 7, S. 30*), 2. die Maßnahmen zur Modernisierung des Schiffbestandes („Gazeta Polska“ Nr. 97, 9. 4. 1934).

Aber diese Maßnahmen zur Modernisierung der polnischen Flotte hatte übrigens anläßlich der am 21. März in Obingen erfolgten Einweihung des Dampfers „Łech“ die polnische Presse übereinstimmend folgenden Bericht veröffentlicht:

Schon 1931 sind die entscheidenden Faktoren der Staatsregierung wie der Privatwirtschaft zu dem Entschlus gelangt, die veralteten und unrentablen Schiffe durch moderne Neubauten zu ersetzen und haben hierfür einen in 10 Jahren zu erfüllenden Ausbauplan, der 17 Schiffe vorab, aufgestellt. In Ausführung dieses Planes sind bisher folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Von der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft („Zeglowna Polska“) sind die beiden Neubauten „Słask“ und „Gieszjon“ auf der Linie Obingen—Rotterdam—Antwerpen eingeweiht worden.

2. Von der „Polnisch-Britischen Schiffahrtsgesellschaft“ die Neubauten „Lublin“ und „Łwów“ auf der Linie Obingen/Danzig—Suhl.

3. Die „Polnische Transoazien-Schiffahrtsgesellschaft“ hat die beiden Dampfer für ihre Amerika-Linie nach Italien in Auftrag gegeben.

Jetzt kommt der Dampfer „Łech“ (2000 t Tragfähigkeit) hinzu, den die Polnisch-Britische Schiffahrtsgesellschaft, die erst kürzlich den Dampfer „Rewa“ (Banjahr 1908) günstig eräußert hat, für die Linie Obingen/Danzig—London vermietet wird.

Die Ergebnisse dieser Maßnahmen sind nicht ausbleiben, trotz der anhaltenden Krise sind die monatlichen Durchschnitts-

transporte der polnischen Dampfschiffe 1933 gegenüber dem Vorjahre gestiegen. („Cydnienna Gazeta Handlowa“ Nr. 64, 19. 3. 1934; „Gazeta Olszanska“ Nr. 65, 21. 3. 1934; „Kurjer Łódzki“ Nr. 71, 20. 3. 1934.)

Ergänzend sei hingewiesen auf die Maßnahmen der polnischen Presse, daß im Zusammenhang mit den Plänen des polnischen Handelsministeriums, eine reguläre Schiffsflotte Öbingen—Eidamerhof zu errichten, die Firma Johnson-Ropenbach dem Ministerium den Vorschlag gemacht habe, für Polen zwei Schiffe zu bauen, die mit polnischer Kohle besetzt werden sollen. Der Preis der Schiffe, die eine Tonnage von 7—8000 zu haben und etwa 200 Passagiere (Emigranten) befördern sollen, werde ungefähr 500 000 zu Kohle betragen. Das Projekt werde augenblicklich im Handelsministerium geprüft. („Polonia“ Nr. 3384, 14. 3. 1934), wo außerdem erneute italienische Anleihenangebote für den Ausbau der polnischen Handelsflotte, natürlich unter Auftragserteilung an italienische Werften, vorliegen sollen.

[„Kattowitzer Zeitung“ Nr. 61, 16. 3. 1934; Nr. 81, 9. 4. 1934.]

Der freiwillige Arbeitsdienst in Polen.

Nachdem bereits vor einer Reihe von Monaten östliche Wehrübungen — mit nicht allzuviel Erfolg — begonnen haben, in ihren Bewandlungsgebieten den Gedanken des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ zu verwirklichen (vergl. 1933, Nr. 5, S. 21*), sind in letzter Zeit in den verschiedensten Gegenden Polens größere Arbeitslager entstanden, diesmal auf Veranlassung der polnischen Regierung, die kürzlich auch ein Reglement* für die Arbeitslager herausgegeben hat (dessen wichtigste Bestimmungen: ständige Unterordnung der eintretenden Freiwilligen, zehntägige Probezeit, Recht zum Austritt in den ersten zwei Wochen, freie Verpflegung und Uniformierung, tägliche Beschäftigung 50 Stunden, dazu monatlich 5—1000 Eintragung in ein Spardbuch, „Austromann Kurjer Czdziennik“ Nr. 100, 12. 4. 1934).

Aber diese Arbeitslager, die Fort-, Flugregulierungs-, Wegebau-Arbeiten u. a. ausführen sollen, brachte der „Austromann Kurjer Czdziennik“ kürzlich eine größere Reportage, die besonders den föderalistischen Einfluß des — zeitlich unbegrenzten! — Lageraufenthalts für die moralisch gefährdete Jugend hervorhebt und u. a. ausführlich: Bei der Organisation der Arbeitslager im Krakauer Gebiet seien

„zunächst . . . große Schwierigkeiten entstanden, und hätte nicht das Heer eingegriffen, hätte die Aktion auf spätere Zeit verschoben werden müssen. Das Heer hat den freiwilligen Arbeitslagern seine Objekte zur Verfügung gestellt: Kasernen, Material, Waffen, sowie die Möglichkeit zur Beschaffung billiger Lebensmittel bei den Heereslebensmittellieferanten. Ferner hat das Heer Offiziere gestellt, die die Gruppen sportlich schulen und zum künftigen Heeresdienst vorbereiten und auf diese Weise die Gruppen, die aus den verschiedensten, manchmal völlig losen Elementen bestehen, in disziplinierte Abteilungen . . . verwandeln. Die Subventionen zur Organisation der Arbeitslager gewährt teils das Arbeits- und Sozialfürsorge-Ministerium, teils der Arbeitsfonds bzw. der Arbeitsfonds sowie die Gesellschaft zur Fürsorge für die erwerbslose Jugend in Warschau . . .“ („Austromann Kurjer Czdziennik“ Nr. 100, 15. 4. 1934.)

Nachdem somit der Gedanke des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Polen endlich in das Stadium seiner Verwirklichung eingetreten ist, sind Angriffe nicht ausgeblieben, u. a. wird behauptet, daß Polen auf diesem Gebiete, wie überhaupt in seinem Programm öffentlicher Arbeiten zur Belebung der Wirtschaft, zu sehr das deutsche Vorbild nachahme („Słowo Pomorskie“ Nr. 82, 11. 4. 1934). Wegen Beabaunungen der Gewerkschaftsopposition, die im Freiwilligen Arbeitsdienst eine Konkurrenz für den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Ausbeutung der Jugend sieht, verteidigt das maßgebende Organ der polnischen Regierun-
gspresse die Arbeitslager in einem größeren Aufsatz, der u. a. ausführt:

„. . . Die in Polen von dem Wojewoden Grażyński begonnene Aktion, die sich langsam über . . . das ganze Land verbreitet, befindet sich erst in ihrer Anfangsphase, in der Phase des Experiments. Die bestehenden Arbeitslager, die dem eintretenden Freiwilligen neben „ganzen Schuhen und einer Schüssel Suppe“ ganztägigen Unterhalt und volle Uniformierung geben, ganz zu schweigen von dem Nachtlager unter gesünderen Bedingungen . . . haben zur Aufgabe, Arbeiten auszuführen, die einen kleinen Bruchteil der normalen öffentlichen Arbeiten darstellen; sie kommen also gar nicht auf den organisierten Markt der industriellen Arbeit. Die Arbeiterzeitschrift sollte fort darüber sein, daß die Jugend in einem sozialisierten Abschnitt, der dem Gemeinwohl dient, tätig ist, muß man sie erst an den Sowjetfilm „Die Obdachlosen“ (Eisenbahnbau) erinnern und genügt die Feststellung, daß die Eindämmung und Regularisierung der Flüsse bzw. der Bau von Wezen einzig und allein den Interessen der Gesamtheit dient, dabei aber unmittelbar die unbeeinträchtigte Bevölkerung daraus Nutzen zieht? . . .“

Wir sind uns aber darüber klar, daß selbst sehr stark ausgebaute und zusehst eingerichtete Arbeitslager als Gemeinschaften, die nutzbringende öffentliche Arbeiten ausführen, nicht genügen (was bedeutet diese 10 000 Jugendliche im Lager gegenüber den gut 100 000 jugendlichen Erwerbslosen?). Sie befriedigen vor allem nicht die Jugend, für die das Graben von Kanälen und der Bau von Straßen grundsätzlich keine Zweck in sich hat. Die Jugend will nicht immer in der Rolle des unqualifizierten Arbeiters verharren, will Wissen und Fachbildung erwerben. Das . . . muß sie suchen in dem Arbeitslager höherer Ordnung, von dem man gerade erst zu sprechen beginnt.

Die heute bestehenden Arbeitslager werden in vieler Hinsicht eine Prüfstein für die Eignung . . . ihrer Insassen zu höherwertiger Facharbeit sein. Unter Berücksichtigung von Neigungen, Fähigkeiten und psychotechnischen Voraussetzungen ist die Jugend zu den Lagern zweiter und noch höherer Stufe zu leiten, wo sie einer kleineren, aber noch geschlossener organisierten Einheit, stets unter der Leitung von Instruktoren, die auf ihrem Gebiet Fachleute sind, für einen genau bezeichneten Beruf vorbereitet wird . . .“

So gedachte „Arbeitskaders“ werden Kadern spezialistischer Fachleute ausbilden. Durch sie werden alle, ohne Unterscheidung der Klasse, der theoretischen oder Schulbildung, hindurchgehen; das dürfte wohl ein so demokratisches Blatt wie die „Arbeiter-Wirtschafts-Rundschau“ zufriedenstellen. Sie darf auch keinen Einspruch dagegen erheben, daß die aus den Lagern kommende Jugend nicht auf dem Arbeitsmarkt . . . mit ihren Vätern in Wettbewerb tritt, sondern sich neben sie stellt, daß sie dorthin strebt, wohin die Väter nicht zu streben beabsichtigen . . .“ („Gazeta Polska“ Nr. 97, 9. 4. 1934.)

Unter einem anderen Gesichtspunkt wird der Gedanke des Arbeitsdienstes in der von höheren Regierungsbeamten geschriebenen Halbmonatsschrift „Gospodarka Narodowa“ („Die Rationalwirtschaft“) verteidigt. Hierin heißt es unter dem Titel: „Das innere Getreidedumping“:

„In Czestochowa ist das erste „Arbeitslager“ krößeren Stils errichtet worden.

Aus Chikago kommt die Meldung, daß die dortigen Getreidehändler gegen die Dumpingpolitik polnischen Roggens protestiert haben. Durch einen merkwürdigen Zufall fielen die beiden Nachrichten zeitlich zusammen.

Die Erklärung des amerikanischen Finanzministers Morgenthau, daß Polen kein Dumping betreibt, hat die Enttäuschung der Kaufleute in den Vereinigten Staaten vorübergehend gemildert. Bilden wir uns aber nicht ein, daß damit die Erzeugung der amerikanischen Getreidebauer völlig behoben sei. Die niedrigen Preise des polnischen Roggens können (sogar bei relativ geringer Einfuhr) an den amerikanischen Getreidebörsen Zentrum einer Depression werden. Da aber die Getreidepreise steter Gegenstand der Sorge der amerikanischen Regierung sind, wird früher oder später, in dieser oder jener Form,

bei anhaltender Einfuhr polnischen Roggens nach Amerika diese Frage erneut akut werden.

Die Vereinigten Staaten sind aber nicht der natürliche Absatzmarkt für unseren Roggen.

Es erhebt sich die alte Frage: Was sollen wir mit den Getreideüberschüssen, angesichts des neuen Umstandes, daß die europäischen Staaten die Einfuhr kontingentieren, anfangen? Die Antwort kommt aus Czestochowa!

Bei Organisation von Arbeitslagern, die auf einem Arbeits-(Lohn-)System in Naturalien beruhen, ließe sich der Getreidekonsum erheblich steigern.

Besonders gute Ergebnisse könnte dieses System in den (östlichen) Grenzgebieten liefern, wo in gewissen Gegenden die Bevölkerung vor der Ernte regelmäßig Hunger leidet. Diese Gegenden sind besonders arm an Wegen. Man könnte dort Arbeitslager zum Wegebau in Betrieb setzen; bekanntlich fordert der Wegebau verhältnismäßig die größte Menge unqualifizierter Arbeit.

Die so geschaffene Nachfrage nach Getreide würde zweifellos neue Nachfrage sein. Damit nicht die Gefahr bestände, daß das Getreide erneut auf den Markt geworfen wird, müßte die Bezahlung der Arbeit in Brot — nicht in Getreide erfolgen.

Es scheint, daß diese Methode des Verbrauchs der Getreideüberschüsse zweifellos in jeder Hinsicht weit zweckmäßiger wäre, als die Ausfuhr zu lächerlich niedrigen Preisen nach exotischen Absatzmärkten.

Wir würden uns und anderen damit viele Sorgen ersparen . . .

[„Gospodarka Narodowa“ Nr. 8 (15. 4. 1934), S. 127—128.]

Die Einschränkung der polnischen Baconausfuhr nach England.

Nach Ansicht der polnischen Presse werden sich die demnächst beginnenden Verhandlungen um den neuen englisch-polnischen Handelsvertrag vornehmlich um die Fragen der polnisch-englischen Kohlenkontingente und der polnischen Baconausfuhr nach England drehen. Voraussichtlich dürften sie sich heineswegs einfach gestalten, denn nachdem die (gefordert zu erörternden!) Beiprodukten um eine Kohlenverfälschung immer wieder vertagt worden sind, ist jetzt auch bei der polnischen Baconausfuhr eine erneute Stärkung zu verzeichnen. („Kurjer Łódzki“ Nr. 97, 11. 4. 1934.)

Bekanntlich erstrebt England seit langem die Beschränkung der Baconausfuhr, weil es den Bedarf an Baconschweinen möglichst im eigenen Lande produzieren will. Nach dem hierzu aufgestellten Produktionsprogramm soll die Einfuhr aus anderen Ländern in gewissen Abständen immer mehr beschränkt werden. Die an der Baconausfuhr Englands interessierten Länder Europas haben diese Beschränkungen stark empfunden, zumal die Ottawa-Verträge gerade für Kanada manche Vorteile bei dieser Einfuhr ergeben hatten. Da das Produktionsprogramm nicht in dem vorgesehenen Rahmen erfüllt werden konnte, ist England jetzt gezwungen, für die nächste Zeit die Baconausfuhr zu erhöhen. Während aber die Anteile anderer Länder erhöht wurden (z. B. für Dänemark von 62 % auf 65 %), ist Polens Anteil nicht erhöht, sondern noch vermindert worden (von 9,53 % auf 7,95 %). Das polnische Einfuhrkontingent das Ende März noch 45 500 englische Zentner monatlich betrug, wird hinfort 39 560 englische Zentner, für August—Dezember dieses Jahres sogar nur noch 36 330 englische Zentner monatlich betragen.

Die begriffliche Verstimmung Polens über diese Maßnahme Englands kommt in zahlreichen Pressestimmen zum Ausdruck, u. a. erklärt die offiziöse „Gazeta Polska“:

„ . . . die gegenwärtige Reduktion des polnischen Prozentanteils ist nicht im mindesten durch innerwirtschaftliche Bedürfnisse begründet, sondern allein durch Verschiebungen zugunsten anderer Lieferanten. Sie hat bei . . . der polnischen Baconindustrie unangenehme Überraschung hervorgerufen und wird als Tatsache, die die Interessen des polnischen Exports besonders schwer benachteiligt, bezeichnet.

Da die polnische Baconproduktion für die Zeit der nächsten vier Wochen schon dem Ausmaß der bisher zeltenden Kontingentquote angepaßt worden ist, würde ihr die plötzliche Kürzung des Kontingents empfindliche Verluste eintragen. Wahrscheinlich würde die Notwendigkeit der Zurückhaltung der Ware bei den nächsten Sendungen Ware minderer Güte bewirken. Daher ist die Verschiebung der Reduktion des polnischen Kontingents um mindestens . . . vier Wochen unerlässlich. Angesichts der schon bei den Landwirten abgeschlossenen Abnahmeverträge für Baconschweine gestattet nur die allmähliche Durchführung der geplanten Reduktion eine möglichst schmerzlose Beschränkung der Produktionsausmaße und Vermeidung unerwünschter Erschütterungen.

Es ist anzunehmen, daß diese berechtigten Forderungen bei den maßgebenden im Kreise Englands Verständnis finden werden. Die Bedeutung dieser Frage für unsere Landwirtschaft und Handelsbilanz zeigt die Tatsache, daß 1932 . . . im letzten Jahre freien Baconexports nach England, wir rund 1 200 000 Schweine in Form von Bacon und Schinken auf den englischen Markt rückgaben um mehr als 40 % immer noch rund 80 Millionen Zloty dafür nach Polen bekommen . . . („Gazeta Polska“ Nr. 93, 5. 4. 1934; wörtlich gleichlautend „Cedzienna Gazeta Sandomierska“ Nr. 77, 4. 4. 1934.)

Diese große Bedeutung der Baconausfuhr für Polen wird besonders unterstrichen in einem Aufsatz des „Kurjer Pojanski“, der u. a. ausführt:

„ . . . 1933 wurden aus dem polnischen Zollgebiet 400 829 dz Bacons ausgeführt, das entspricht 991 880 Stück Schweine. Vorausgesetzt, daß zur Aufzucht eines normalen Baconschweines rund 7,5 dz Kartoffeln und 3,5 dz Roggenkörner erforderlich sind . . . erhalten wir 7 449 000 dz Kartoffeln und 3 471 580 dz Korn, die wir im Vorjahre als Bacon nach England ausführen, Gabe es nicht die Verarbeitung zu Bacon, so wäre Polen unmöglich instande gewesen, so erhebliche Mengen von Kartoffeln und Korn zu exportieren, und diese hätten . . . auf dem Binnenmarkt die Preise auf ein ungläubig niedriges Niveau herabgedrückt. Aus diesem Grunde ist der Baconexport für die polnische Landwirtschaft eine Lebensfrage . . .

Der Prozentanteil . . . der Baconausfuhr am Wert der Gesamtausfuhr Polens steigt dauernd. Betrag er 1930 rund 2,9 %, stieg er 1932 auf 6,6 %, 1933 sogar auf 7 %. Was die Position des Baconexports bedeutet . . . zeigt die Tatsache, daß er sich in letzter Zeit auf dem zweiten Platz behauptet und nur hinter der Kohle zurücksteht.

Untersuchen wir . . . die Rolle des Baconexports im Gesamtexport der Länder, die Bacon produzieren, so ist festzustellen: er betrug in Prozenten des Gesamtexports in Dänemark 30,5 %, Litauen 19,2 %, Polen 7 %, Schweden 2,7 % . . . Drei Staaten: Dänemark, Litauen, Polen sind also am Baconexport am meisten interessiert, während die Bedeutung dieses Exports für die übrigen Staaten weit geringer ist und mehr oder minder leicht auf anderen Gebieten des Außenhandels ausgeglichen werden kann.

Die Last der von England eingeführten Kontingentbeschränkungen tragen vor allem diese drei Staaten, dabei ist sie für Polen besonders schwer. Die Tatsache, daß die englische Regierung sich entschlossen hat, Polens Anteil . . . von 9,53 % auf 7,95 % zu senken, beweist das mangelnde Verständnis Englands für unsere lebenswichtigen Wirtschaftsinteressen. Es handelt sich hierbei weniger um die einigen zehn Millionen Zloty, die unserer Ausfuhr nach England fehlen werden, sondern um die viel wichtigere Preisroute, die auf dem polnischen Agrarproduktmarkt . . . eintreten kann. Polens Wirtschaftskreise hatten ein besseres Verständnis Englands für unsere Interessen nicht nur als Produzenten, sondern auch als — Kunden und Schuldner Englands erwartet . . . („Kurjer Pojanski“ Nr. 100, 11. 4. 1934.)

Nach dem regierungsfeindlichen „Kurjer Poranny“ folge diese Maßnahme Englands

„der allgemeinen Linie der Außenhandelspolitik Großbritanniens, das . . . die besseren Abnehmer seiner Waren auf Kosten der weniger kaufenden Kunden belohnen will. Zu diesen gehört auch Polen, daher hat die Schärfe der Einfuhrbeschränkungen gerade unsere Ausfuhr getroffen: Polen wurde als ein Land behandelt, dessen Markt für den englischen Außenhandel weniger Interesse besitzt.“

Der öffentlichen Meinung Polens geht es gerade um diese Behandlung, war doch in den Erklärungen englischer Regierungsvertreter und englischer Wirtschaftskreise ganz deutlich von den großen Wünschen Englands nach einer Steigerung der Warenumsätze mit Polen die Rede. Die englische Presse hat sogar eine gewisse Beunruhigung verraten angesichts der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen Polens zu Deutschland und starke Konkurrenz der deutschen Kaufleute . . . vorausgesehen. In den Unterredungen der Wirtschaftsdelegationen beider Länder wurde die Steigerung der gegenseitigen Umsätze grundsätzlich festgelegt. Polen hat gegenüber Englands Forderungen Wohlwollen bewiesen, es will seine Einkünfte auf dem englischen Markt steigern. Es forderte Erhaltung seiner Ausfuhr im bisherigen Ausmaß — unter Zustimmung der englischen Seite.

Plötzlich kommt die Nachricht von der Verringerung des Baconkontingents, einer sehr wichtigen Position seiner Ausfuhr, für Polen. Kein Wunder, daß die öffentliche Meinung Polens unzufrieden und überrascht ist, darüber überrascht, daß nach einleitenden Gesprächen zwei Wochen vor den offiziellen Verhandlungen die englische Seite ihren Standpunkt ändert und die . . . durchaus freundliche Atmosphäre verschlechtert.“

[„Kurjer Poranny“ 11. 4. 1934.]

Bau eines Holzhafens in Gdingen.

Die früher erwähnten Pläne der polnischen Regierung, Gdingen auch als Holzporthafen auszubauen (vergl. 1933, Nr. 6, S. 28), treten jetzt in das Stadium ihrer Verwirklichung. Nach Pressemeldungen hat die polnische Regierung vor kurzem einen neuen Vertrag mit dem französisch-polnischen Hafenaufbaukonsortium abgeschlossen, in dem auch die Errichtung eines besonderen Holzaustrahlfhafens in Gdingen vorgesehen ist. Und zwar soll dieser Hafen von 120 000 qm Fläche außerhalb des bisherigen Hafengeländes, bei Dybów, unmittelbar neben dem Gdingener Kriegshafen, angelegt werden. Auf Grund eines weiteren Vertrages werden sich die polnischen Staatsfirmen durch ihre Holzaustrahlfagentur „Paged“ (= „Polska Agencja Eksportu Drzewa“) an der Finanzierung dieses Bauvorhabens beteiligen. Die Arbeiten, deren Vorbereitung teilweise schon abgeschlossen ist, sollen baldigst in Angriff genommen werden („Instytut Kurjer Codzienny“ Nr. 96, 8. 4. 1934); bis zu ihrer Fertigstellung sollen die Holzverladungen in Gdingen wie bisher provisorisch am Hafenaufbau vorgenommen werden. Polen verpflichtet sich von der Verwirklichung dieser Pläne nicht nur eine Förderung seiner eigenen Holzaustrahlfahrt (sicherlich nicht zum Nutzen Danzigs), sondern erhofft auch eine Ausgestaltung Gdingens zur Exportbasis für Holztransportladungen.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 79, 7. 4. 1934.]

Maßnahmen der polnischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Korridorgebiet.

Ein Interview, das der Wojewode von Pommern, E. Kiriłłski, einem Vertreter des „Dziennik Bydgoski“ gewährt hat, führe hierüber u. a. aus:

Die Zahl der Arbeitslosen Pommerns beträgt rund 30 000, genauer: schwankt zwischen 14 000 (Oktober 1933) und 30 000 (Februar 1934), bleibt also hinter den entsprechenden Zahlen der Zeit von 1932—1933 (17 000 bzw. 32 000) zurück und ist im März 1934 bereits auf 28 000 zurück-

gegangen. Das zur Milderung der Arbeitslosigkeit von der Regierung aufgestellte Arbeitsprogramm umfaßt: 1. Wege- und Umfahrungen, 2. Meliorationen und Flußregulierungen, 3. Straßenarbeiten u. ä. in den Städten, 4. Errichtung öffentlicher und privater Bauten.

Zu Punkt 1. Wegebauten, ist vor allem zu erwähnen der Bau der Straße Quaschin—Gdingen, bei dem seit längerer Zeit rund 400 Arbeiter beschäftigt sind. Nachdem seit 1932 von der Gesamtstrecke der Abschnitt Nr. Kał—Kł. Kał im Herbst fertiggestellt ist, sollen mit dem neuen Kredit des Verkehrsministeriums (250 000 Zloty) der Oberbau dieses Abschnitts beendet, eventuell die Strecke bis Quaschin (Abbau) weitergeführt werden.

„Dieser Weg wird günstig auf die Versorgung Gdingens aus seinem Hinterland, das keine direkte Verbindung mit Gdingen besaß, wirken, gleichzeitig die Fahrt aus dem Landesinnern nach Gdingen unter Umgehung . . . der Freien Stadt Danzig ermöglichen.“

Kredite des Verkehrsministeriums sind ferner gewährt worden für den Umbau der Straße Dirschau—Carlino (150 000 Zloty), Stelau—Sagoritz (150 000 Zloty gegenüber einem Kostenanschlag von 850 000 Zloty), Verbesserung der Transtrasse Stargard—Konitz. Dazu kommen einige kleinere Straßenausbesserungen, für die das Verkehrsministerium 250 000 Zloty zur Verfügung gestellt hat. Dazu liefert das Ministerium 3 000 to wohnlichen Granit, der am Bauort zu Pflastersteinen verarbeitet werden soll.

„Die Ausführung der großen Wege-Arbeiten, für die das Ministerium bei dem „Arbeitsfonds“ einen Kredit von 1 086 000 Zloty aufnimmt, bewirkt bei den Unternehmern die Notwendigkeit, zusätzlich rund 3 Millionen Zloty aufzubringen. Insgesamt beträgt auf diese Weise die Ausgabe für Bau und Umbau staatlicher Wege in Pommern in Haushaltsjahr 1934—1935 rund 4 Millionen Zloty.“

Unabhängig davon wird die Wojewodschaft die Strecke Strelino—Lubin sowie die Eisenbahnbrücken Graubenz und Jordan ausbessern lassen.

All diese erwähnten Wegebauten, die neben Facharbeiten eine größere Zahl von unqualifizierten Arbeitern beschäftigen werden,

„werden den Stand der Fahrbahn auf den Hauptverkehrsstrecken Pommerns erheblich verbessern. Zwar besitzt schon gegenwärtig Pommern (neben Schlesien den besten Wegestand in Polen, aber die besonderen — wirtschaftlichen, touristischen und politischen — Bedingungen legen den Straßenbehörden besondere Pflichten zur bestmöglichen Erhaltung des staatlichen Straßennetzes in Pommern auf.“

Für Meliorationen und Flußregulierungen hat der Arbeitsfonds dem Landwirtschaftsministerium einen Kredit von 240 000 Zloty gewährt, die verwandt werden sollen für: Eindämmung der Wehsef bei Schwef 100 000 Zloty, Erhöhung der Dämme bei Münsterlaube 40 000 Zloty, Flußregulierungen (Drewny, Soldau), 100 000 Zloty. Dazu kommen Regulierungen im Kreise Konitz, für die ein Sonderkredit von 30 000 Zloty gewährt worden ist.

Ferner gewährt der Investitionsfonds einen Kredit von 315 000 Zloty für die Regulierung der Unterwehsef, bei der der „Freiwilige Arbeitsdienst“ eingesetzt werden soll (eine Hundertschaft im Gebiet von Nieszanow, drei Hundertschaften im Gebiet von Thorn, zwei Hundertschaften bei Graubenz, eine Hundertschaft soll an der polnischen Küste Befestigungsarbeiten ausführen).

Es sei zu hoffen, daß diese Arbeiten im Wirtschaftsleben des Korridorgebietes eine sichtbare Belebung bewirken würden, umso mehr, als neben den direkten Krediten zur Erzielung städtischen Baugeländes usw. auch die „Staatliche Wirtschaftsbank“ Kredite bereitgestellt habe.

[„Dziennik Bydgoski“ Nr. 83, 12. 4. 1934.]